IM FOKUS
PETRA RÜCKERL

RENTEN

Weiter so bringt nur Probleme

Natürlich wäre es hilfreich, wenn alle Leute im Rentenalter noch einmal so richtig aufdrehen und Geld verdienen würden wie der seit gestern 70-jährige Udo Lindenberg. Dann hätten wir keine Probleme mit der künftigen Altersversorgung und den heutigen Rentenbeiträgen. So aber wird man – besser früher als später – im größeren Stil reformieren müssen.

Ein bisschen das Rentenniveau senken und die Beiträge anheben? Das liefe auf ein „weiter so" hinaus. Und darauf, dass Jobs verloren gehen könnten – das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung spricht von mindestens 60 000 pro höheren Beitragsprozentpunkt. Außerdem auf garantierte Altersarmut für jene vielen Menschen, die ohnehin keine große Rente erhalten werden, obwohl sie jahrzehntelang eingezahlt haben.

Immer länger arbeiten? Klar, wenn man Udo Lindenberg heißt – oder wenn man auch so fit ist, dass man weiterhin viel Freude an der Arbeit hat. Die gerade von der Koalition vereinbarte Flexi-Rente, mit der man die Altersversorgung sogar im Alter noch erhöhen kann, ist aber nicht für jeden gemacht.

Warum sollen in das auf Solidarität angelegte Rentensystem nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer einzahlen? Auch Selbstständige mit höheren Einkommen könnten Beiträge leisten, auch Vermögen könnte herangezogen werden. Und: Mit dem „Flüchtlingsstrom" ist auch die Chance gekommen, junge Leute auf Dauer zu Beitragszahlern zu machen. Wenn sie denn schnell und gut integriert werden. Diese Chance sollten wir uns nicht entgehen lassen. ↗5

IM FOKUS
MARINA KORMBAKI

ATOMPOLITIK

Die EU hat kein klares Konzept

Atomkraft? Ja, bitte! So lautet der erklärte Wille der EU-Kommission. Die Brüsseler Behörde fordert erneut mehr Zusammenarbeit bei der Erforschung, Finanzierung und beim Bau von Reaktoren. Die verstärkten Anstrengungen sollen Europas Technologieführerschaft im Nuklearbereich verteidigen. „Wie bitte?", fragen nun viele und schimpfen darüber, dass die Kommission weiterhin auf eine Technologie mit unkalkulierbaren Kosten und Risiken setzt.

In der Empörung geht jedoch ein wichtiges Detail unter: Ja, der Atomausstieg ist Konsens – in Deutschland. Mit der Energiewende beschreitet Berlin ziemlich allein neue Wege. Andere EU-Staaten hingegen, zum Beispiel Frankreich, Belgien und Großbritannien, vertrauen weiterhin auf Kernkraft.

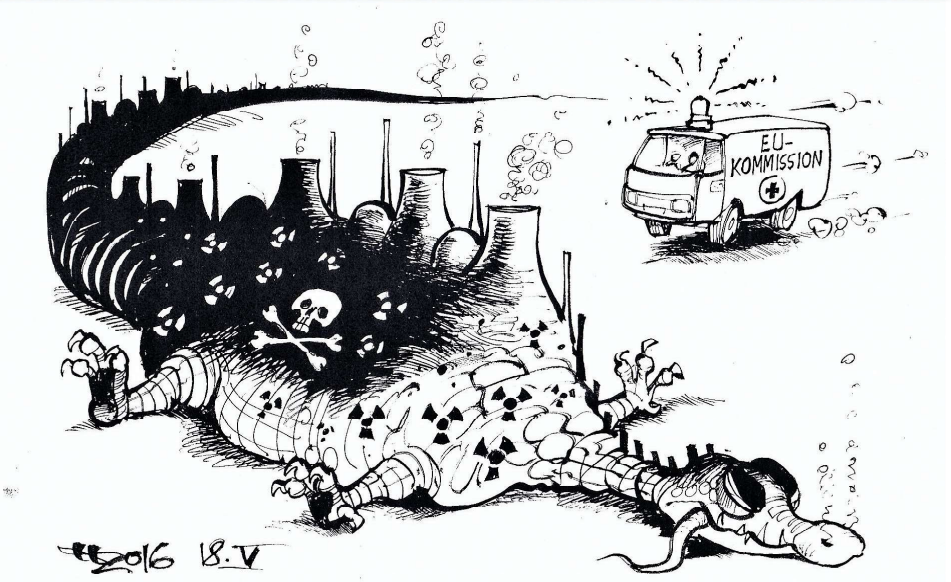
Für die traditionell atomfreundliche Kommission ergibt sich daraus ein Dilemma: Die Art seiner Energieversorgung kann jeder Staat für sich entscheiden, doch zugleich soll aus Europa eine Energie-Union werden – ein einheitlicher Energiebinnenmarkt, der die Abhängigkeit des Kontinents von russischem Gas mindert und den CO_2-Ausstoß in der EU stark verringert. Bislang hat die Kommission kein schlüssiges Konzept vorgelegt, mit dem sich aus dieser disparaten Ausgangslage bei der Energieversorgung so anspruchsvolle politische Ziele erreichen ließen.

Auch die jetzt diskutierten Forschungsprioritäten im Bereich der Atomkraft dürften dazu wenig beitragen. Zwar sind für die Sicherheit im Nuklearbereich keine Kosten und Mühen zu scheuen. Strategisch sollte es dabei aber um Forschung zur sicheren Stilllegung von Atomkraftwerken und zur Müllentsorgung gehen. Die Vorschläge der EU-Kommission erwecken jedoch den Eindruck, dass eine aufgrund niedriger Strompreise und hoher Baukosten stark unter Kostendruck geratene Branche gepäppelt werden soll. ↗5

Eine Muslimin muss ein Kopftuch tragen können – wie ein Christ ein Kreuz.

Papst Franziskus in einem Interview mit der französischen Tageszeitung „La Croix".

Die Karikatur des Tages: EU-Kommission setzt auf Atomkraft



Zeichnung: Haitzinger

Wie giftig ist Glyphosat?

Experten streiten um das Pflanzenschutzmittel – Deutschland legt sich nicht fest

VON MARTINA HERZOG UND JONAS SCHÖLL

BRÜSSEL. Der Unkrautvernichter Glyphosat kommt nicht aus den Schlagzeilen. Das liegt auch daran, dass die Neuzulassung auf europäischer Ebene zur Hängepartie wird. Morgen könnten Experten der 28 EU-Staaten endlich entscheiden. Ob Deutschland überhaupt abstimmt oder sich enthält, war gestern aber noch völlig unklar, denn die Große Koalition in Berlin ist gespalten. Während die SPD-Minister gegen die Neuzulassung sind, plädieren die Unionsvertreter dafür.

> Den Bio-Bauern fliegen die sauberen Felder nicht von selbst zu.
>
> *Gertraud Gafus, AG bäuerliche Landwirtschaft*

Warum ist Glyphosat so umstritten?
Das Mittel steht im Verdacht, Krebs zu erregen. Wie gefährlich es wirklich ist, ist allerdings umstritten. Wissenschaft und Behörden sind in dieser Frage gespalten. Die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) stufte die Substanz im vergangenen Jahr als wahrscheinlich krebserregend ein – bewertete damit aber nicht das Risiko, auch tatsächlich an Krebs zu erkranken. Die EU-Behörde für Lebensmittelsicherheit gibt Entwarnung, ebenso das Bundesinstitut für Risikobewertung. Eine spezialisierte Institution der Weltgesundheitsorganisation kam jüngst zu dem Ergebnis, dass Glyphosat bei der Nahrungsaufnahme wohl kein Krebsrisiko für Menschen darstellt. Sehr hohe Dosen könnten aber bei Mäusen Krebs erzeugen. Naturschützer sehen auch Gefahren für die Umwelt.

Wer muss entscheiden?
Zuständig sind nationale Experten der 28 EU-Staaten. Heute und morgen trifft sich das zuständige Gremium – der Ständige Ausschuss für Pflanzen, Tiere, Lebensmittel und Futtermittel – in Brüssel. Die Mitglieder sollen auch über die Neuzulassung von Glyphosat beraten. Zur Abstimmung könnte es morgen kommen, allerdings nur, falls absehbar ist, dass die nötige Mehrheit zustande kommt. Mindestens 16 Staaten müssen zustimmen. Das deutsche Votum hat dabei großes Gewicht, weil auch die Bevölkerungsgröße zählt – die zustimmenden Länder müssen mindestens 65 Prozent der Gesamtbevölkerung der Europäischen Union abdecken. Die Zeit drängt, denn die aktuelle EU-Zulassung für Glyphosat läuft am 30. Juni aus. Hier und da war zu hören, Deutschland könnte zum Zünglein an der Waage werden. Wenn die EU-Staaten zu keiner Meinung finden, kann am Ende die EU-Kommission (mit gewissen Auflagen) die Entscheidung treffen.

Was, wenn die Zulassung verlängert wird?
Damit könnte der Unkrautvernichter weiter in Europa vermarktet werden. Für die ursprünglich von der EU-Kommission vorgeschlagene Neuzulassung um 15 Jahre gab es bei einer Sitzung der Experten im März keine Mehrheit. In einem neuen Entwurf der EU-Behörde war zuletzt von einer Verlängerung um neun Jahre die Rede. Allerdings geht es auf EU-Ebene nur um die Substanz Glyphosat. Die Entscheidung darüber, ob Pflanzenschutzmittel, die Glyphosat enthalten, sicher sind und auf ihrem Gebiet in den Verkehr gebracht werden dürfen, obliegt den einzelnen Mitgliedstaaten – sie können auch zusätzliche Auflagen für den Einsatz machen. Zudem verspricht die EU-Kommission, eventuelle neue wissenschaftliche Erkenntnisse in Zukunft zu berücksichtigen.

Was würde ein Ende der Zulassung bedeuten?
Die ökologisch orientierte Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft sieht darin die Chance für eine Neuorientierung in der Landwirtschaft. „Es ist keine Frage, dass die Landwirte nicht auch ohne Glyphosat Lebensmittel erzeugen können", sagt die Bundesvorsitzende Gertraud Gafus. „Den Bio-Bauern fliegen die sauberen Felder nicht von selbst zu. Es ist das ackerbauliche Können und größerer Arbeitsaufwand." Der Bauernverband spricht sich dagegen klar für eine Verlängerung der Zulassung aus. Bei sachgemäßer Anwendung gebe es keine negativen Auswirkungen auf Mensch, Tier und Umwelt.

PROTEST IN BERLIN: Aktivisten vom BUND demonstrieren gegen den Einsatz des Pflanzenschutzmittels Glyphosat.

INFO

Der Stoff, der überall drin ist: Landwirtschaft, Gartenbau, Industrie, Privathaushalte – Glyphosat kommt als biologische Hauptkomponente in zahlreichen Pestiziden zum Einsatz. Die chemische Verbindung aus der Gruppe der Phosphonate ist weltweit der mengenmäßig wichtigste Inhaltsstoff in Pflanzenschutzmitteln. Glyphosat wird als Säure und als Salz hergestellt. Von den mindestens 91 Produzenten arbeiten allein 53 in China. In der Landwirtschaft und im Gartenbau wird Glyphosat meist vor der Aussaat zur Unkrautbekämpfung verwendet, in Deutschland auf rund 40 Prozent der Felder.

Getreide darf in Deutschland unter bestimmten Umständen auch vor der Ernte damit behandelt werden, um die Reifung zu beschleunigen. Bundesweit wurden laut Umweltbundesamt 2012 knapp 6000 Tonnen reine Wirkstoffmenge aufgebracht.

PRESSE STIMMEN

LA VANGUARDIA

aus Barcelona zu den Zuständen in Venezuela:

Maduro denkt nicht an Machtteilung

Mit dem Sieg der Opposition bei der Wahl im Dezember 2015 hatte in Venezuela eine neue Etappe begonnen. Man befürchtete, dass dies zu schweren institutionellen Konflikten zwischen dem Parlament und dem Präsidenten führen würde. Genau so kam es. Der Linkspopulist Nicolás Maduro denkt nicht daran, einen Zipfel seiner Macht abzugeben. Venezuela ist in eine kritische Phase getreten. Schon warnen US-Geheimdienstkreise, dass die Lage außer Kontrolle geraten könne.

THE TIMES

aus London zu Hillary Clintons Plan, ihren Mann Bill zum Wirtschaftsbeauftragten zu machen:

Dynastische Rechte sollten zweitrangig sein

Dieses Vorhaben kommt einem Rückzug von der Verantwortung gleich. Nicht nur wegen Bill Clintons gemischter Bilanz als Präsident, sondern auch, weil sie sich selbst als Vorbild für Frauen dargestellt hat. Sie sollte bei ihren künftigen Ernennungen nach Verdiensten gehen und nicht nach dynastischen Vorrechten.

Коммерсант

aus Moskau dazu:

Die Marke Clinton kehrt zurück

Hillary Clinton hat alle Chancen, die erste Präsidentin der Vereinigten Staaten zu werden. Als ihr Mann Bill Clinton 1996 für eine zweite Amtszeit gewählt wurde, spielte Hillary im Weißen Haus die Rolle einer Schatten-Vizepräsidentin. 20 Jahre später kehrt die US-Politik zur Marke Clinton zurück. Der Unterschied ist nur, dass diesmal Hillary vorn steht.

ZUR PERSON

Svetozar Marovic (61), Vizepräsident der Sozialisten des EU-Kandidaten Montenegro, hat sich als Kopf einer kriminellen Gruppe in mehreren großen Korruptionsfällen geoutet. Er habe sich vor der Staatsanwaltschaft für schuldig bekannt und dafür nur eine Minimalstrafe von knapp vier Jahren akzeptiert, sagte sein Anwalt. Nach fünf Monaten Untersuchungshaft konnte der Spitzenpolitiker daher am Dienstag vorübergehend das Gefängnis verlassen. Zuvor hatten Marovic-Bruder Dragan und sein Sohn Miloš ähnliche Übereinkünfte mit den Strafverfolgungsbehörden getroffen. Es geht um Schmiergeld beim Straßen- und Hausbau – mit einem Schaden von 15 Millionen Euro.

NP DIREKT

So erreichen Sie die Redaktion:
direkt@neuepresse.de
05 11/51 01 22 78
Stiftstraße 2, 30159 Hannover

Malu Dreyer, die neue Hoffnungsträgerin der SPD

VON OLIVER VON RIEGEN

Wenn die SPD jemanden braucht, an dem sie sich aufrichten kann, dann fällt in jüngster Zeit immer häufiger der Name Malu Dreyer. Die 55-jährige Ministerpräsidentin aus Rheinland-Pfalz steht sinnbildlich für das, was die Sozialdemokraten bei einem geschlossenen Erscheinungsbild und einer geglückten Kampagne schaffen können – sie können stärkste Partei werden.

Seit dreieinhalb Jahren steht die studierte Anglistin, Theologin und Juristin an der Spitze der Landesregierung. Heute soll sie im Landtag wiedergewählt werden – von einer Mehrheit aus ihrer SPD, den Grünen und der FDP. Dieses Bündnis hat im Landesparlament drei Stimmen mehr als die Opposition aus CDU und AfD. Nicht primär das Experiment der Ampel ist es, das Dreyer in der SPD derzeit so vorbildlich erscheinen lässt. Ja, viele Sozialdemokraten können sich eine solche Ampel-Konstellation auch für die Bundesebene vorstellen. Und wenn es in Mainz gut klappen sollte, wäre das eine Art Empfehlung für Berlin.

Mehr noch aber als das Dreiparteienbündnis ist es die erstaunliche Stabilität der SPD bei den Landtagswahlen im März, die aufhorchen lässt. Die Sozialdemokraten behaupteten sich mit 36,2 Prozent als stärkste Partei, die CDU mit ihrer starken Spitzenkandidatin Julia Klöckner lag fünf Prozentpunkte dahinter. In den Monaten davor hatte es so ausgesehen, als könne die Union die SPD überrunden – doch zum Wahltag war es anders, und viele in der SPD schreiben das der sympathischen Art von Dreyer zu. Seit 22 Jahren regiert die SPD in Rheinland-Pfalz, die längste Zeit davon unter dem leutseligen Landesvater Kurt Beck. Mehrere Skandale hatte es gegeben, die Wirtschaftsdaten waren oft nicht gerade ein Ausweis einer tatkräftigen Politik – aber Dreyer schaffte es trotzdem, sich zu behaupten, allen Abnutzungserscheinungen ihrer Landespartei zum Trotz.

Das „Malu-Beispiel" in der SPD lautet also: Wenn man volksnah ist, sich Mühe gibt und beharrlich bleibt, kann man einen negativen Trend auch umkehren. Sozialdemokratische Wahlkämpfer können sich aufmuntern, wenn sie an Rheinland-Pfalz und Malu Dreyer denken. Die Ministerpräsidentin ist vielleicht auch deshalb so beliebt, weil sie trotz schwerer Krankheit – sie leidet an Multiple Sklerose – engagiert ihre Aufgaben erledigt. Bei längeren Wegstrecken auf Dienstreisen ist die Politikerin auf den Rollstuhl angewiesen.

NP VISITENKARTE

Malu Dreyer

* **6. Februar 1961** in **Neustadt an der Weinstraße.** Die Tochter einer Erzieherin und eines Schulleiters studierte zunächst Anglistik und Theologie, wechselte dann aber zu Jura. **1995** wurde sie **Bürgermeisterin von Bad Kreuznach.** Ab **2002** war sie **Sozialministerin**, seit **Januar 2013** ist sie **Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz.** Seit 2004 ist sie mit Klaus Jensen verheiratet.